Nr. 74

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

17. April 2015
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Unternehmer sind keine Ärzte – sie machen krank

Sie machen es sich schön einfach, die Fluggesellschaft, die Regierung… Für sie alle ist der alleinige Verantwortliche des schrecklichen Flugzeugabsturzes gefunden: der Co-Pilot, der psychisch krank war und flog, obwohl er krankgeschrieben war.

Und schon nutzen Vertreter der Unternehmer die Gelegenheit für einen neuen Vorstoß gegen die Arbeiter. Schon diskutieren sie, ob nicht die Ärzte den Unternehmern verraten sollen dürfen, welche Krankheiten ihre Arbeiter haben. Oder ob man bestimmten Berufsgruppen nicht regelmäßig Blut abnehmen und es auf Medikamente testen solle.

Sie tun fast so, als wären die Arbeiter ein Risiko für die Allgemeinheit, während sich die Unternehmer stets um die Gesundheit ihrer Beschäftigten und die Sicherheit der Allgemeinheit sorgen würden.

Sie stellen wirklich alle Tatsachen auf den Kopf! Diejenigen, die dem größten Risiko ausgesetzt sind, sind ja wohl die Arbeiter selber. Wie viele Zehntausende verlieren selbst in Deutschland jedes Jahr auf der Arbeit ihre Gesundheit, weil sie giftigen Stoffen ausgesetzt, durch Arbeitsunfälle verstümmelt oder durch jahrelange Nachtschicht krank werden.

Und garantiert wird es für niemanden sicherer, wenn die Unternehmer uns Arbeiter noch mehr überwachen dürften. Sie wissen doch schon fast alles über uns. Sie können nicht nur jeden Schritt von uns auf der Arbeit überwachen. Sie wissen, wo wir wohnen, was wir verdienen, wie oft wir krank sind und oft sogar, was wir haben – während sie dafür sorgen, dass wir nichts von ihnen erfahren.

Dabei werden in den Chefetagen die wichtigen Entscheidungen getroffen, die unsere Gesundheit und Sicherheit betreffen. Dass diese Entscheidungen geheim sind, das ist eine echte Gefahr für Arbeiter und Allgemeinheit. Sie müsste man überwachen.

Und es ist schon zynisch, dass ausgerechnet die Unternehmer jetzt so tun, als wollten sie, dass niemand krank arbeiten geht. Das Gegenteil ist wohl eher der Fall.

Nehmen wir doch nur die Lufthansa. Sie selber will die Piloten gerade zwingen zu fliegen, auch wenn diese sich körperlich oder geistig dazu nicht mehr in der Lage fühlen. Genau dagegen streiken die Piloten von Germanwings und Lufthansa ja seit Monaten immer wieder.

Bislang konnte wenigstens ein Teil von ihnen ab 55 Jahren den Antrag stellen, nicht mehr zu fliegen. Die Lufthansa zahlte ihnen dann bis zur Rente ein Übergangsgehalt. Jetzt aber sagt sie: Piloten müssen auch mit 60 Jahren einen 12-Stunden-Flug nach Brasilien machen, und wer das nicht schafft, soll sich arbeitslos melden.

Ja, in der Logik der Unternehmen sind Arbeiter, die krank sind und nicht arbeiten, nichts als ein Störfaktor. Und das lassen sie uns auch spüren. Überall wächst der Druck, arbeiten zu kommen, auch wenn man krank ist… sogar mit Krankenschein. Wie viele müssen zu „Gesprächen" nach längeren oder häufigeren Krankenscheinen? Wie viele werden mittlerweile nach Krankenscheinen entlassen, erst recht als Leiharbeiter oder Befristete?

Dabei sind die Unternehmer oft mit verantwortlich, dass wir krank werden. Mit ihrer wachsenden Arbeitshetze machen sie unsere Muskeln, Knochen und Nerven vor der Zeit kaputt. Und wenn man die Arbeit irgendwann nicht mehr schafft, dann sagen sie, dass sie darauf keine Rücksicht nehmen können. Man bekommt weder weniger Arbeit noch eine andere Arbeit zu gleichwertigen Bedingungen. Nein, im besten Fall versetzen sie einen auf einen anderen Arbeitsplatz mit weniger Lohn. Meist jedoch zwingen sie einen, den Arbeitsplatz ganz aufzugeben und von HartzIV oder einer mickrigen Frührente zu leben.

Wird man krank, kann so ganz schnell die ganze Existenz auf dem Spiel stehen. Genau das bringt Arbeitende auch dazu, Krankheiten zu verheimlichen. Es bringt LKW-Fahrer dazu, weiter 40-Tonner zu fahren, obwohl ihre Reaktionsfähigkeit nachlässt und Krankenschwestern, eine Allergie auf Desinfektionsmittel zu verschweigen. Das ganze System treibt Arbeitende dazu, solche Probleme zu verheimlichen, selbst wenn es schlimme Folgen haben kann.

Wirklich die Sicherheit für alle zu erhöhen beginnt daher mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes. Nur wenn Unternehmen nicht entlassen dürfen und jeder den Anspruch auf einen Arbeitsplatz hat, nur dann braucht niemand Angst zu haben, einen Krankenschein zu nehmen und sich vernünftig behandeln zu lassen.

Dann hat man auch keinen Grund mehr zu verschweigen, wenn man eine Arbeit nicht mehr schafft. Weil man die Sicherheit hat, nicht arbeitslos zu werden, sondern eine andere Arbeitsstelle zu gleichem Lohn zu bekommen.

Dazu braucht man natürlich auch Arbeitsbedingungen, die einen nicht selber krank machen, angefangen bei ausreichend Personal.

Doch all das ist eben unvereinbar mit ihrem System, in dem die Betriebe privaten Kapitalisten gehören und der Profit an erster Stelle steht. Dieses System muss man daher bekämpfen – und nicht seine Opfer, die Arbeitenden.

Ihre herrschende Politik ist der Nährboden für rechtsradikalen Terror

Tröglitz war kein Einzelfall. Drei weitere Flüchtlingsheime wurden in den letzten Monaten in Brand gesteckt. In Hessen schossen Rechtsradikale mit einer Waffe auf ein Flüchtlingsheim. In Wuppertal drangen sie in das Heim ein, fotografierten die Flüchtlinge und stellten die Fotos ins Internet: zum Abschuss freigegeben. In Dortmund standen Rechtsradikale vermummt mit Fackeln vor dem Heim. In Frankfurt/Oder schlugen sie zwei syrische Flüchtlinge krankenhausreif.

Die Liste ist nicht zu Ende. Denn die Anschläge auf Flüchtlinge nehmen immer mehr zu, besonders seit Pegida. Und es ist nur eine Frage der Zeit, bis es die ersten Todesopfer geben wird.
Diese Flüchtlinge sind eben der Gefahr von Krieg, Elend und Flucht entronnen, sie dachten sie wären endlich in Sicherheit. Und dann sowas!

Rechtsradikale mit brennenden Fackeln vor einem Flüchtlingsheim

Die Rechtsradikalen sind ganz kleine Gruppen. Doch sie arbeiten mit Einschüchterung und Terror. Sie terrorisieren Flüchtlinge und andere, die ihnen nicht passen. Und sie versuchen alle einzuschüchtern, die sich ihnen entgegenstellen... damit sich irgendwann keiner mehr traut, etwas zu sagen.
Dem Bürgermeister des kleinen Dorfes Tröglitz, der sich für das Flüchtlingsheim einsetzte, schickten sie Morddrohungen und wollten vor seiner Haustür aufmarschieren. Er wehrte sich trotzdem, zusammen mit zahlreichen anderen Anwohnern. Doch als er erschüttert feststellte, dass alle – Politiker des Landkreises, Behörden und Polizei – ihn und die anderen Einwohner alleine ließen und gleichgültig zusahen, trat er zurück.

Und auch diese passive Haltung des Staates ist kein Einzelfall. Trotz ihrer großen Reden: Wenn es wirklich drauf ankommt, sind die staatlichen Organe die letzten, auf deren konkrete Unterstützung sich die Bevölkerung und die Flüchtlinge verlassen können.
Mehr noch: Die herrschenden Politiker schaffen selber den Nährboden für die rechtsextremen Gruppen. Nicht zuletzt, weil auch sie Woche für Woche wiederholen, die Flüchtlinge wären angeblich ein riesiges und teures „Problem", und weil auch sie den Eindruck vermitteln, kaum ein Land müsste so viele Flüchtlinge versorgen wie Deutschland.

Dabei bleiben meisten Flüchtlinge in den armen Ländern gefangen. Denn selbst Kriegsflüchtling können nicht legal nach Deutschland einreisen. Der einzige Weg führt illegal über das Mittelmeer. Doch wie viele Boote kentern! Wie viele Flüchtlinge erreichen Europa nur als Leichen. Und von Woche zu Woche werden die Toten mehr.

Die wenigen Flüchtlinge, die es lebend bis Deutschland schaffen, werden in unwürdige Unterkünfte gepfercht, für die man so wenig Geld wie möglich ausgibt: vier Menschen unterschiedlicher Herkunft in einem kleinen Zimmer oder 50 in eine Turnhalle. Und die große Mehrheit wird schnell wieder in die armen Länder abgeschoben.

Diese Flüchtlinge verursachen auch keine „unbezahlbaren Kosten". Nehmen wir die Stadt Essen. 2014 hat sie 6,6 Millionen mehr für Flüchtlinge ausgegeben. Doch gleichzeitig hat sie fünf Mal soviel verloren, nur weil die großen Essener Konzerne 37 Millionen Euro weniger Gewerbesteuer gezahlt haben.
Und reden wir nicht vom Bund, der den Konzernen und Banken jeden Tag (!) mehr Subventionen schenkt, als er für die Flüchtlinge im gesamten Jahr ausgibt. Diese Konzerne, die kaum noch Steuern zahlen und die öffentlichen Kassen ausplündern, sind die wahren „unerträglichen Kosten". Im Gegensatz zu diesen Parasiten geht die Mehrheit der Flüchtlinge nach kurzer Zeit arbeiten – und zahlt Steuern.
Doch von diesen wahren Parasiten wollen die Herrschenden ablenken. Deshalb erwecken sie lieber den Eindruck, dass kein Geld für die Schulen und keine Sozialwohnungen da wären, weil man alles für die Flüchtlinge bräuchte.
Die Politiker selber machen so die Hilflosesten dieser Gesellschaft – die Flüchtlinge – zu den Sündenböcken für die leeren Kassen und die Armut, die in Wahrheit die herrschende Klasse und ihre Politik verursacht.

Eben das ist der Nährboden, auf dem rechtsextreme Ideen stärker werden können. Die Erfolge von Pegida und der AfD sind ein Ausdruck davon. Und diese Erfolge ermutigen einige Rechtsradikale dazu, nicht bei Worten stehen zu bleiben.
Und es ist leider wahrscheinlich, dass die Regierung unter diesem rechten Druck selber noch härtere Maßnahmen gegen Flüchtlinge durchsetzen und einen Teil der rechten Propaganda übernehmen wird… was die Rechten wiederum noch stärker macht.

Darauf zu hoffen, dass die Regierung, dass der Staat die rechte Entwicklung und den rechtsradikalen Terror bekämpft, ist also nicht nur sinnlos, es ist gefährlich. Die einfache Bevölkerung kann nur auf sich selber zählen. Das fängt damit an, sich nicht einschüchtern zu lassen: wie in Tröglitz, wo Einwohner nach dem Brand anboten, die Flüchtlinge bei sich zuhause aufzunehmen. Es fängt damit an, sich in einem Dorf oder Stadtteil zu organisieren, um sich gegenseitig und die Flüchtlinge zu unterstützen und vor Angriffen zu schützen.

Letztendlich jedoch kann man die rechte Entwicklung nur bekämpfen, wenn man ihren Nährboden bekämpft. Wenn die arbeitende Bevölkerung wieder anfängt, sich gegen die wahren Verursacher von Armut, Arbeitslosigkeit und leeren Kassen zusammenzutun und zu wehren: gegen die herrschende kapitalistische Klasse und ihre Regierung. Diese Perspektive in der arbeitenden Bevölkerung zu verbreiten, ist daher das Wichtigste, was wir heute gegen das Erstarken der Rechten tun können.

Streiks in den Kitas: Wir brauchen mehr Wert… auf unserem Konto!

In vielen Kindertagesstätten und im Offenen Ganztag streiken die Arbeitenden für 10% mehr Lohn.

Seit Jahren reden die Politiker davon, wie wichtig ihnen angeblich „Bildung und Erziehung“ sei, aber bei den Arbeitenden kommt davon nichts an. 60 Prozent der Erzieherinnen müssen sich mit Teilzeitverträgen zu 25 oder 30 Stunden durchschlagen. Dabei kommt man mit dem Lohn in Vollzeit schon nicht sehr weit.

Vor allem diejenigen, die Kinder mit Behinderungen oder den Offenen Ganztag betreuen, hangeln sich obendrein oft von einem befristeten Vertrag zum nächsten.

Außerdem hat die Regierung in den letzten Jahren zwar viele neue Kindergartenplätze eingerichtet, auch für Kinder unter 3 Jahren und behinderte Kinder, doch ohne auch nur in Ansätzen entsprechend mehr Erzieherinnen einzustellen und neue Kindergärten zu bauen.



Und so ist man dann schon mal alleine mit einer Praktikantin und 20 Kindern in einem Raum, soll gleichzeitig mit dem einen Kind zur Toilette, andere vom Streiten abhalten, den dritten ein Spiel rausgeben und bei allem am besten noch Sprachförderung machen.

Auch nach mehreren eintägigen Streiks wollen die Arbeitgeber (die Kommunen) bislang nicht einen Cent mehr Lohn hergeben. Das einzige, was die Erzieherinnen bekommen haben, ist eine Rede von Familienministerin Schwesig, die ihre „Wertschätzung für diese verantwortungsvollen Berufe“ ausgedrückt hat und erklärt hat, dass sie die Forderung der Erzieherinnen für grundsätzlich richtig hält… aber nicht für jetzt, sondern für irgendwann später.

Deshalb machen die Erzieherinnen weiter. Denn von „Wertschätzung“ können sie sich nichts kaufen. Den Wert, um den es ihnen geht, wollen sie auf ihrem Konto sehen, und zwar nicht erst in 10 Jahren.

Volkswagen und die brasilianische Diktatur arbeiteten Hand in Hand – gegen ihre Arbeiter

Der Volkswagen-Konzern hat zwanzig Jahre lang ganz eng mit der Militärdiktatur in Brasilien (1964-1985) zusammengearbeitet. Das haben Dokumente erwiesen, die vor kurzem in den Archiven der Militärdiktatur gefunden wurden. Sie belegen, dass Volkswagen seine Arbeiter systematisch ausspioniert hat: VW hat aufgeschrieben, welche Arbeiter höhere Löhne oder bessere Arbeitsbedingungen forderten, welche in der Gewerkschaft aktiv waren, ob sie heimlich Streiks planten oder man sie für ein Mitglied der Kommunistischen Partei hielt. Alle diese Informationen schickte VW regelmäßig an den Geheimdienst, der nichts mehr zu tun brauchte, als die Arbeiter zu verhaften.

Und auch dabei half Volkswagen ihnen. Der Werkzeugmacher Lucio Bellentani erzählt, wie er am Arbeitsplatz plötzlich einen Gewehrlauf im Rücken spürte. Hinter ihm standen ein Agent des Geheimdienstes und der Chef des Werkschutzes von VW, die ihn ins Personalbüro von VW führten und dort gemeinsam folterten, noch bevor Bellentani ins Gefängnis gebracht wurde.

Volkswagen und auch andere Konzerne pflegten ein enges und harmonisches Verhältnis zur brasilianischen Militärführung. Denn beide Seiten hatten das gleiche Interesse. Die Regierung bekam durch die Konzerne Informationen über mögliche Regierungskritiker, Gewerkschafter und Kommunisten. Statt unzuverlässige Spitzel bezahlen zu müssen, spionierte der VW-Werksschutz die Arbeiter gratis 8 Stunden pro Tag aus. Denn auch VW profitierte davon. Sie brauchten mögliche Störenfriede nur der Regierung zu melden, und schon wurden diese verhaftet, eingeschüchtert und gefoltert: Sodass sie VW nicht mehr dabei stören konnten, die Arbeiter schrankenlos auszubeuten.

Heute kommen diese Beziehungen ans Licht, weil die Diktatur seit 30 Jahren vorbei ist und eine Kommission jetzt, wo es keinem mehr schadet, diese Zeit untersucht. Doch eine so harmonische Zusammenarbeit von Diktaturen und deutschen Konzernen ist nicht nur Vergangenheit. Sie ist Gegenwart in vielen Ländern der Welt.

Vielleicht überfinanziert?

Immer wieder haben sie uns in den letzten Monaten das gleiche Klagelied gesungen: Die Bundeswehr sei in den vergangenen Jahren „kaputtgespart“ worden. Sie sei in so schlechtem Zustand, mit veraltetem Material und schlechter Ausrüstung. Und obendrein noch mit vielen totalen Flops: Mit neuen Sturmgewehren, die nicht treffen und modernsten Drohnen, die den Weg nicht finden… und das alles in der High-Tech-Nation Deutschland.

Ganz offensichtlich soll uns ihr ganzes Gejammere davon überzeugen, dass die deutsche Regierung – die für die einfachsten sozialen Dinge wie Altenheime angeblich kein Geld hat – unbedingt mehr Geld in Waffen stecken müsse: Noch mehr Geld für Todesmaschinen, noch mehr Geld dafür, die unendlichen Kriege auf der halben Welt mit zu befeuern!

Jetzt aber kamen die neusten Zahlen heraus, und es zeigt sich: Deutschland steht bereits an 8. Stelle der Rüstungsinvestoren. Das heißt Deutschland spart absolut nicht bei der Rüstung. Im Gegenteil, die deutsche Regierung gibt so viele Milliarden für den Kauf von Waffen und Ausrüstung aus wie kaum ein anderes Land der Welt. Und will trotzdem noch mehr Rüstung kaufen!

Aber eines ist immerhin beruhigend: Wenigstens sind sie so begabt, dass sie diese riesigen Summen für Waffen verschleudern… die nicht funktionieren.

Post-Streik: Wer einen Teil von uns angreift, greift uns alle an!

Zahlreiche Arbeitende in den Paketzentren der Post haben am 16. April 24 Stunden gestreikt. Es ist das zweite Mal. Schon zu Ostern hatten zehntausend Beschäftigte der Post gestreikt.

Der Grund für den Streik ist, dass die Post eine Tochterfirma für den Paketdienst gegründet hat, in der sie bis zu 20% weniger Lohn zahlt. Und nun zwingt sie alle, die bei der Post einen befristeten Vertrag haben, in diese Tochtergesellschaft zu wechseln. Ansonsten werden sie arbeitslos.

Der Post-Vorstand hatte wohl gehofft, diese Verschlechterung problemlos durchzusetzen, weil ja „nur“ diejenigen mit befristeten Verträgen betroffen sind. Doch er hat sich geirrt. Denn die Streikenden wissen: Die Bosse greifen heute die Schwächsten an, um morgen alle anzugreifen. Ihnen ist bewusst: Wenn der Post-Vorstand diese Verschlechterung problemlos und ohne Widerstand durchsetzt, dann kommt morgen die nächste Verschlechterung, übermorgen eine weitere, und irgendwann sind alle Beschäftigten von solchen massiven Lohnkürzungen betroffen – auch die „Alten“, die noch unbefristete Verträge bei der Post haben.

Aufgrund bestehender Lohn-Tarifverträge darf die Gewerkschaft offiziell nicht zum Streik für höhere Löhne aufrufen, und auch nicht zum Streik gegen Auslagerungen. Daher streiken sie stattdessen für die Forderung, alle für denselben Lohn nur 36 statt wie bisher 38,5 Stunden zu arbeiten, wodurch zumindest der gekürzte Stundenlohn wieder steigen würde.

Denn weder die Gewerkschaft noch die Arbeitenden bei der Post wollen sich von den absurden Verboten des deutschen Streikrechts davon abhalten lassen, sich gegen den massiven Angriff der Post zur Wehr zu setzen.

Mit ihren Streiks senden sie dem Post-Vorstand auch gleich eine Botschaft für die Zukunft, nämlich: *Wenn ihr uns angreift, müsst ihr mit Widerstand rechnen. Und auch wenn ihr „nur“ einen Teil von uns angreift, müsst ihr mit dem Widerstand von allen rechnen.*

Schlaflos – wofür?

Die Klagen von Thomas Middelhoff, dem ruinierten Ex-Manager von Karstadt, waren nicht zu überhören: Er werde im Gefängnis vom Schlafen abgehalten – er, der tausenden Verkäuferinnen und ihre Familien monatelang sorgenvolle Nächte bereitete, als er sie in die Arbeitslosigkeit schickte.
Doch dafür sitzt er nicht im Gefängnis. Im Gefängnis sitzt er, weil er seine Arbeitgeber – Aktionäre und Banker bei Karstadt – um ein paar Millionen betrogen hat. Ja, Millionäre übers Ohr zu hauen, wird mit 3 Jahren Haft bestraft. Nicht jedoch, was er den Beschäftigten von Karstadt angetan hat. Denn das ist in dieser Gesellschaft legal.

Unternehmer-Logik (der SPD)

Unternehmer aus Gastronomie und Landwirtschaft beschweren sich, dass sie seit Einführung des Mindestlohns die genauen Arbeitszeiten ihrer Beschäftigten aufschreiben müssen. Denn seitdem fällt bei Kontrollen auf, dass sie ihre Beschäftigen in der Saison ständig mehr als die gesetzlich erlaubten 10 Stunden arbeiten lassen – und dann müssen sie Strafe zahlen.
Die Unternehmer forderten daher ernsthaft von Arbeitsministerin Nahles (SPD), dass sie die Arbeitszeiten nicht mehr aufschreiben müssen, damit ihre illegalen Arbeitszeiten nicht länger auffallen!

Doch Nahles hat eine bessere Idee: Sie will gleich das Arbeitszeitgesetz ändern, damit die Unternehmer ihre Saison-Arbeiter in Zukunft ganz legal und sorglos zu 12 oder 14-Stunden-Schichten zwingen können.

100 Tage Betrug

Die Regierung feiert die ersten 100 Tage Mindestlohn als „großen Erfolg“. Wenn sie damit meinen, dass sich das ganze hysterische Geschrei der Unternehmer nicht erfüllt hat, dass die ärmlichen 8,50 Euro Lohn also nicht Millionen Arbeitslose geschaffen haben – ja, in dem Sinne ist es ein Erfolg.

Doch für viele Arbeitenden waren die 100 Tage vor allem 100 Tage Erfindungsreichtum der Unternehmer, wie diese den Arbeitenden selbst diesen Mindestlohn weiter vorenthalten können: Indem das Trinkgeld oder Urlaubsgeld nun in den Stundenlohn eingerechnet wird, Arbeitszeiten gekürzt und kostenlose Überstunden verlangt wurden oder jeder Gang zur Toilette jetzt vom Lohn abgezogen wird. Sodass es für einen kleinen Teil der Arbeiter sogar schlechter ist als vorher.

Ja, mit dem Mindestlohn ist es wie mit allen Gesetzen zum Schutz der Arbeitenden: Damit sie im Interesse der Arbeitenden umgesetzt werden, müssen die Arbeitenden sich selbst einmischen und ihre Einhaltung überwachen.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de **Telefon:** 0157 – 76493485
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org